

Den Nichtverbreitungsvertrag stärken – Weiter für nukleare Abrüstung eintreten!

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion

Die weltweite atomare Abrüstung befindet sich in einer Krise. Nach dem Abschluss des New START-Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation und dem erfolgreichen Abschluss der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages von 2010 kam es nicht zu weiteren Erfolgen in der Abrüstung. Der ausführliche Aktionsplan der Konferenz von 2010 wurde nur teilweise umgesetzt. Die darin beschlossene Konferenz über eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren Osten wurde bis heute nicht abgehalten. Die offiziellen und die inoffiziellen Atom-mächte haben ihre Abrüstungsverpflichtung aus Artikel Sechs des Nichtverbreitungsvertrages nicht erfüllt. Stattdessen modernisieren sie ihre atomaren Arsenale.

Darüber hinaus haben aktuelle Konflikte mit geostrategischen, weitreichenden Auswirkungen auch Ausdruck in neuen Bedrohungsszenarien mit atomaren Kapazitäten gefunden. Ein Rückfall in eine neue Konfrontationslogik muss dringend verhindert werden.

In diesem Jahr findet vom 27.04. bis zum 22.05.2015 in New York die neunte Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag statt. Die alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenzen bewerten die Einhaltung des Vertrages und die Fortschritte bei den Aufgaben, die sich aus dem Vertrag ergeben. Auf der Konferenz in diesem Jahr geht es darum, die Umsetzung des Aktionsplanes zu überprüfen und Maßnahmen zu beschließen, die atomare Abrüstung und Nichtverbreitung weiter voranzubringen.

Die Proliferation von Atomwaffen bleibt weiterhin ein großes sicherheitspolitisches Risiko, welches das Nichtverbreitungsregime unterminieren kann. Von besonderer Bedeutung waren die Verhandlungen der EU3 + 3 (Vereinigte Staaten, Russland, China, Frankreich, Großbritannien, Deutschland) mit dem Iran um dessen Nuklearprogramm. Es ist notwendig, dass verifiziert werden kann, dass Irans Nuklearprogramm keinen militärischen Charakter hat. Dass Verhandlungen stattfanden, lag nicht zuletzt am beharrlichen Einsatz der Bundesregierung für eine diplomatische Lösung des Konfliktes. Wir begrüßen daher das Abkommen von Lausanne und fordern die beteiligten Staaten auf, alles dafür zu tun, die technischen Details des Abkommens bis Ende Juni 2015 erfolgreich zu klären.

Der Atomwaffensperrvertrag beruht auf drei Säulen: Erstens auf der Verpflichtung aller Mitgliedstaaten zur nuklearen Nichtverbreitung, zweitens auf der Berechtigung aller Mitgliedstaaten zum Zugang und zur Nutzung ziviler Nukleartechnologie und drittens auf der Verpflichtung der Kernwaffenstaaten zur Abrüstung ihrer Nuklearpotentiale, während sich die Nichtkernwaffenstaaten im Gegenzug verpflichten, keine Kernwaffen zu entwickeln oder zu erwerben. Die am 24. September 2009 verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1887 zeigt, dass es eine breite internationale Unterstützung für dieses Ziel gibt. Das Nichtverbreitungsregime hat sich weitgehend als erfolgreich erwiesen. Mit der zunehmenden Ausbreitung der zivilen Nutzung der Atomenergie wächst aber die Gefahr, dass sich auch militärische Anwendungen verbreiten. Nichtkernwaffenstaaten kritisieren nach wie vor die Ungleichbehandlung im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Sie erwarten seit langem von den Atomwaffenstaaten konkrete Fortschritte beim Bemühen um nukleare Abrüstung und verbindliche Sicherheitsgarantien im Gegenzug für den Verzicht auf Atomwaffen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sich im Deutschen Bundestag stets für eine Stärkung des Nichtverbreitungsregimes eingesetzt. Auf unsere Initiative hin kam es 2010 zu einem gemeinsamen Antrag des Deutschen Bundestages zur Überprüfungskonferenz 2010, der die Verhandlungsposition des Auswärtigen Amtes beim Zustandekommen des Abschlussdokumentes stärkte.

Ebenso sind zivilgesellschaftliche Bemühungen wie die „Initiative für eine globale Nulllösung“ (Global Zero-Initiative) zu begrüßen und zu unterstützen. Expertenkommissionen wie die Deep-Cut-Commission tragen dazu bei, die Diskussion um nukleare Abrüstung weiterzuentwickeln. Organisationen wie das Parlamentarische Netzwerk für Abrüstung und Nukleare Nichtverbreitung (PNND) dienen der Vernetzung von Parlamentariern und unterstützen dadurch abrüstungspolitische Initiativen in und zwischen nationalen Parlamenten.

Die Krise um die Ukraine hat die Lage einerseits verschärft, andererseits hat sich gezeigt, dass es gerade im Bereich der Rüstungskontrolle noch Bereiche gibt, in denen gemeinsame Interessen überwiegen. So konnten dank gemeinsamer Anstrengungen die syrischen C-Waffenbestände vernichtet werden und trotz des Konfliktes konnten Maßnahmen im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmel (OH) und des Wiener Dokumentes durchgeführt werden; auch wenn die aktuelle Sicherheitslage Grenzen in der Anwendung des Wiener Dokumentes aufgezeigt haben. Für OH-Beobachtungsmissionen mit deutscher Beteiligung ist die Beschaffung einer eigenen Luftbeobach-

tungsplattform - wie im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode vereinbart – im Haushalt 2016 zu realisieren. Wir begrüßen, dass sich Rüstungskontrolle in diesen Bereichen bewährt hat. Die Möglichkeiten der OSZE, die einen politischen Rahmen bilden kann und in deren Rahmen die Verträge ausgehandelt wurden, sollten genutzt werden

Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine konkrete Verpflichtung der Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages. Die Abrüstungserwartungen dürfen nicht enttäuscht werden. Deutschland kann national und international auf vielfältige Weise einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Atomwaffen leisten.

Der von der norwegischen Regierung angestoßene internationale Diskussionsprozess zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen zeigt, dass es weltweit ein starkes Bedürfnis an Abrüstung gibt. Wir unterstützen diesen Prozess.

Wir setzen uns weiterhin für eine Verstärkung des Nichtverbreitungsregimes und der atomaren Abrüstung ein. Gerade in einer Zeit in der das Verhältnis der Europäischen Union und der NATO zu Russland einer Neujustierung bedarf, spielen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung eine wichtige Rolle bei der Vertrauensbildung und der Entwicklung von Gemeinsamer Sicherheit.

Wir unterstützen Außenminister Frank-Walter Steinmeier in seinen Bemühungen um den atomaren Abrüstungsprozess,

- international zu weiteren Abrüstungsabkommen zu kommen und die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag dafür zu nutzen, die Rüstungskontroll-, Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik konsequent weiterzuführen;
- sich im Rahmen der Non Proliferation and Disarmament Initiative (NPDII) fortlaufend, auch zwischen den Überprüfungskonferenzen, zusammen mit anderen Staaten für nukleare Abrüstung und die Stärkung des Nichtverbreitungsregimes einzusetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass neue Abrüstungsgespräche zwischen Washington und Moskau auch substrategische Waffen einbeziehen, die den Abzug der in Deutschland verbliebenen Atomwaffen ermöglichen würden;
- sich für eine atomwaffenfreie Welt und weiter für die Universalisierung des NVV und der Abkommen über B- und C-Waffen zu engagieren.

Wir setzen uns ein:

- Für einen positiven Abschluss der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages im Frühjahr 2015;
- Für eine Konferenz über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren Osten, an der sich alle Staaten der Region beteiligen, so wie sie auf der Überprüfungskonferenz 2010 beschlossen wurde;
- Für die Ratifizierung des umfassenden Teststoppvertrages (CTBT) durch die Annex-2-Staaten und für ein Testmoratorium;
- Für die baldige Aufnahme von Gesprächen zur Ausarbeitung eines Abkommens zum Verbot von Spaltmaterial für Waffenzwecke (Fissile Material Cut-Off Treaty – FMCT) im Rahmen der UN-Abrüstungskonferenz;
- Die Voraussetzungen für einen Verzicht auf hoch angereichertes Uran als Brennstoff für Atomreaktoren und für medizinische Anwendungen zu schaffen;
- Bei Indien, Israel, Nordkorea und Pakistan weiterhin für einen Beitritt als Nichtkernwaffenstaaten zu werben;
- Für die Rückführung der Rolle der Atomwaffen in der NATO und die Stärkung der Rüstungskontrolle und Förderung der nuklearen und konventionellen Abrüstung, mit dem Ziel, bessere Bedingungen für eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen;
- Für Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation zur weiteren Verminderung der Atomwaffenarsenale durch den Abschluss eines New START-Nachfolge-Abkommens;
- Für den Beginn von Verhandlungen zwischen den USA und der Russischen Föderation zu verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im sub-strategischen Bereich, und in diesem Zusammenhang auch im Bündnis für den Abzug der in Europa und in Deutschland stationierten US-Atomwaffen;

- Für einen verbindlichen Verzicht auf den Ersteinsatz durch die fünf anerkannten Atomkräfte und die Stärkung der Negativen Sicherheitserklärungen;
- Für gemeinsame und kooperative Lösungen in der Frage der Raketenabwehr, die nicht zu neuen Spannungen und Rüstungswettläufen führen;
- Für ernsthafte Gespräche und Beteiligung über die verschiedenen, auch zivilgesellschaftlichen Ansätze für eine vollständige nukleare Abrüstung, wie beispielsweise die „Global-Zero“-Initiative oder die Diskussion um die humanitären Folgewirkungen von Atomeinsätzen, aufbauend auf die bisher letzte Konferenz zu diesem Thema im Dezember 2014 in Wien.

Berlin, den 05.05.2015